

# Neuburger Zeitung

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kopenhagen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kopenhagen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kopenhagen Nr. 21. — Postkassenkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restametzell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Axtens.

Nr. 8 Donnerstag, den 17. Januar 1929 42. Jahrgang

## Staatsgerichtshof und Reichsregierung.

Eine Auslegung des Senatspräsidenten Reider.  
Berlin, 16. Januar.  
Zu dem Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons nimmt der Senatspräsident beim Reichsgericht M. Reider im Schriftverkehr Stellung. Der Verfasser gibt im Wortlaut die bekannten Beschlüsse des Staatsgerichtshofs, der Reichsregierung und des Reichspräsidenten und knüpft daran eine Schlussfolgerung, die u. a. besagt:  
Es handelt sich um einen Zusammenstoß zweier Faktoren des öffentlichen Lebens: der Regierungswelt und der Reichspräsidentenwelt. Das muß festgehalten werden. Von vornherein ist zu betonen, daß es sich nicht etwa um persönliche Empfindlichkeiten des Staatsgerichtshofs oder seines Präsidenten dreht.  
Wer Dr. Simons einmengen kann, weiß, daß ihm nichts weiter liegt, als die Regierung zu verurteilen. Er ist nicht imstande, sich für ihn einzusetzen, entgegen seinen hohen Eides in der Auffassung des Richtertums. Im Verhältnis von Gesetzgebung und Rechtsprechung ist das Schwerkentum immer mehr auf die Gesetzgebung abgewälzt. Gerade das Ministerium der Kompetenzen in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1928 und der Hinweis, daß der Staatsgerichtshof einen Bescheid gefaßt habe, der über den Rahmen seiner juristischen Tätigkeit hinausgeht und daß dieser nicht an die übliche Stelle, den Reichsminister des Innern gemeldet habe, weist unentwederbar darauf hin,  
daß man an eine Gleichstellung des Staatsgerichtshofs mit der Regierung im Falle der Verletzung der Verfassung nicht zu denken gewillt ist. Als Reichspräsident ist der Staatsgerichtshof auf der gleichen Ebene wie das Reichskabinett, der Reichstag und der Reichstag.  
Die alle im höchsten Grade des Reichs. Bei Konflikten zwischen beiden Organen ist es in der Verfassung nicht möglich, daß der Reichspräsident es ist und sein muß, als Staatsoberhaupt die Vermittlung zu versuchen. Jeder wird es als selbstverständlich annehmen, daß bei der Regierung nicht die Möglichkeit einer Zurücklegung des SWG, sondern die Veranlassung keine Veranlassung eingeleitet zu werden. Ein anderes ist es, ob nicht bei richtiger Belegung hätten Mittel und Wege gefunden werden können, um das, was überhaupt bei einer solchen Abstellung des SWG, empfindlich zu vermeiden und dem nun einmal notwendigem gegenüber der Öffentlichkeit bestehenden Abhängigkeitsverhältnis des obersten Gerichtshofs Rechnung zu tragen. Was es deshalb zu einem Rücktritt des Reichspräsidenten kommen?

## Der Reichsset wird beraten.

Die Kabinettsitzung.  
Berlin, 15. Januar.  
Amtlich wird mitgeteilt: In der unter dem Vorsitz des Reichsjustizers abgehaltenen Ministerbesprechung wurde die Generaldebatte über den Reichshaushalt und die Deutschesgesetz zu Ende geführt.  
In einer neuen Kabinettsitzung werden die Einzelentscheidungen zur Beratung gelangen.

## Preußens Verwaltungsreform.

Eine Rede des preussischen Innenministers Graefnitz.  
Der Hauptausgangspunkt des preussischen Landtags begann die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern.  
Nach der Berichterstattung durch den Abgeordneten Hellmann (Cos.) ergreift sofort der preussische Minister des Innern Graefnitz das Wort, um sich zu der Frage der Verwaltungsreform zu äußern. Nachdem der Minister einen neuen Erfolg in der Frage des Polizeiverwaltungsreformens angekündigt hatte, erklärte er, ein Teil der Verwaltungsreform sei bereits durch die Umgestaltung der Verwaltungsstellen geworden, ebenso wie durch die Auflösung der Kreisämter.  
Die Vorschläge über die Umgestaltungen im Westen lagen jetzt den Provinzialen vor. Er hofft, daß das Gesetz zum 1. Juli d. J. in Kraft treten könne.  
Die Grundzüge bei der Formulierung der westlichen Umgestaltungspläne seien nicht präjudizierend für andere Umgestaltungspläne.  
Er selbst habe sich immer gegen unbedingte Eingemeindungspläne der Großstädte gewandt und werde sich weiter gegen diese Organisationspläne der Großstädte energisch wehren. Die Verhältnisse in der Staatsverwaltung erforderten dringend eine Klärung. Zwar könne eine Landesverwaltungsreform nicht die Zuständigkeiten zwischen Städten und Kreis abgrenzen. Reider habe nach wie vor das Reich als Behälter, keine Zuständigkeit und keine Verordnungen auszuüben. Dadurch würden Anfränkern und Überforderungen in der Verwaltung geschaffen.  
Selbstverständlich dürfe eine preussische Verwaltungsreform den Weg einer künftigen Reichsreform nicht verlassen.  
Zunächst erfordere die Stärkung der lokalen und provinziellen Selbstverwaltung unter selbstständiger Verantwortlichkeit der Kantonsämter. Ebenso müsse eine Reform eine Befähigung der Arbeiter und Aufgaben von den Zentralbehörden auf die Mittelbehörden, von den Mittelbehörden auf die Lokalbehörden bringen.  
Die Befähigung des Oberpräsidenten oder des Regierungspräsidenten sei nicht geeignet, da dies fast nicht tragbar wäre.  
Der Regierungspräsident müsse allein die Verwaltungsbehörde bleiben, während der Oberpräsident lediglich wieder Kommissar der Staatsregierung werden müsse. Der Oberpräsident müsse sein Geschäft übertragen können. Dieser Ge-

sichtspunkt schließt eine Neuorganisation der Verwaltungsbezirke nicht aus. Die vorgeschlagene Zusammenfassung der Verwaltung der Provinzen beim Oberpräsidenten und den Fortfall der Regierungspräsidenten müsse er als unzulässig ablehnen. Dagegen sollten beim Oberpräsidenten die Schulverwaltung und die Landesverwaltung zusammengefaßt werden, die auch heute schon für mehrere Regierungsbezirke von einer Stelle aus in der Provinz erfolgt werden. Dadurch würde ein klarer Amtszug erreicht.

## Kommunalkleinbahnen und Anleihegesetz.

Anträge im Preussischen Landtag.  
Dem Preussischen Landtag ist ein Antrag von sämtlichen Fraktionen des Landtags außer denen der Kommunisten und der Wirtschaftspartei zugegangen, wonach das Staatsministerium ersucht wird, bei dem für Preußen in Aussicht genommenen Anleihegesetz einer namhaften Betrag auch für die Beteiligung an Privat- und Kommunalkleinbahnen von größerer Bedeutung in Rechnung zu stellen.

## Amerikas drei Aufgaben.

Die Auflegung einer ersten Teilschiffe zur Mobilisierung der Dawes-Bonds.  
Washington, 16. Januar.  
Nachdem nun die Ernennung der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses unmittelbar bevorsteht, müssen Zwecke und Ziele der amerikanischen Wiederherstellungspolitik auf Grund von Informationen aus der Situation nochmals zusammengefaßt werden. Wie man hört, hat sich die amerikanische Politik, obwohl sie nach wie vor nichts, weder offiziell noch offiziell, mit den Sachverständigenberatungen zu tun haben will, folgende drei Aufgaben gestellt:  
1. Die Weltwirtschaftliche Amerika ist es vornehmlich um erwünschten, einen relativ geringen Betrag der benötigten Darlehensleistungen zu mobilisieren. Man rechnet damit, daß zunächst ein Abschnitt von etwa 100 Millionen Dollars untergebracht werden kann. Davon soll es die Gläubigerstaaten zu überlegen. Deutschland hat sich dem am ehesten angeschlossen. Eine Auflegung aller hoher Beträge Bindungen für die Zukunft ist sich bewußt, die einer eventuellen Revision der Weltwirtschaft nicht günstig wären.  
2. Auch diese sogenannte „kleine Anleihe“ kann erst gegen Ende des Jahres herauskommen. In der Zwischenzeit, die nach Beendigung der Sachverständigenarbeiten verbleiben wird, wird es Aufgabe der Bank Morgan mit Hilfe der amerikanischen Behörden sein, diese Finanzoperationen vorzubereiten.  
3. Man rechnet damit, daß etwa 40 Prozent dieser ersten Tranche in Amerika aufgelegt werden können, woraus die amerikanische Öffentlichkeit vorzubereiten ist. In dem Rest werden sich Frankreich und England in etwa gleicher Höhe von je 30 Prozent teilen.  
Es wird im übrigen nunmehr in der gesamten amerikanischen Presse eingehend erörtert, in welchem Maße die 700 Millionen Dollars Forderungen, die das Bankhaus Morgan an die Gläubigerstaaten Deutschlands hat, mit der Endregelung der Reparationshöhe zusammenhängen, und wie die Forderung ein gewisses Maß an enger Verbindung mit dem Rest der Sachverständigenarbeiten erfolgen kann. Einmütig betonen die Blätter aller Richtungen, daß die einmalige Auflegung einer gigantischen Anleihe, durch die eine Gesamtkreditlinie der Reparationen erfolgen könne, keinesfalls in Frage komme.

## Die Auffassung in der Welt.

Berlin, 16. Januar.  
In Berliner politischen Kreisen wird die Ernennung Morgans zum amerikanischen Sachverständigen zwar im allgemeinen zurückgeführt, aber doch nicht ungenügend beurteilt. Überallhin hofft man, daß Morgan als praktischer Geschäftsmann sich nicht von unzulässigen Beweggründen leiten lassen werde. Da das Bankhaus Morgan an den kommenden Transaktionen selbst stark beteiligt sein dürfte, legt man sich außerdem, daß es nicht in seinem Interesse liegt, Deutschland Verfassungen aufzuwickeln, die dieses dann doch nicht erfüllen kann, wodurch die amerikanische Weltgebegegnung nicht stark geschädigt würden.  
In Paris — das Bankhaus Morgan hat bekanntlich seit einigen Jahren mit der „Banque de France“ in fester, sehr enger Verbindung gestanden — sieht man die Zusammenlegung der amerikanischen Delegation ebenfalls als günstig an. Es befürchtet dort die Ansicht, Owen Young den Vorsitz der neuen Konferenz anzunehmen. Der offizielle „Globe“ bezeichnet in dem eingehenden Artikel Morgans Wahl als ein günstiges Vorzeichen für eine „kluge und vorläufige Mobilisierung“ der deutschen Obligationen.  
In London wird erzählt, die Ernennung Morgans sei in der Hauptstadt auf Betreiben Parker Gilberts erfolgt. Auch der Ernennung Morgans, so man mit der „Daily Telegraph“, werde sich die französische Auffassung, Parker Gilbert habe mit seinem Bericht eine wichtige Feststellung vorgebracht, als jener Optimismus herausstellen, der immer die französischen Ansichten über die Reparationen zu sehr gefördert habe.

## Morgans Rolle.

Sachverständiger und Gläubiger zugleich.  
Washington, 15. Januar.  
Die seit einer Woche bereits mit größter Spannung erwartete Mitteilung der Namen der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses für die Reparationen hat nun durch den „New York Herald“ eine zum Teil sensationelle Beantwortung gefunden. Dem Blatt zufolge hat sich die Reparationskommission außer, wie erwartet, an Owen Young an den bekannten amerikanischen Bankier Pierpont Morgan sowie an den Bostoner Rechtsanwalt Thomas Berlin gewandt, welche letztere als Stellvertreter der beiden anderen ernannt werden soll. Alle drei hätten auch die Einladung bereits angenommen.  
Von amtlicher Seite, wo man noch immer Wert darauf legt, zu unterstreichen, daß die Vereinigten Staaten als solche an den kommenden Reparationskonferenzen vollkommen beteiligt seien, ist zu dieser Nachricht keinerlei Mitteilung zu erreichen.  
Trotzdem kann an der Richtigkeit wohl kaum ein Zweifel bestehen.  
Die Ernennung Morgans, die natürlich besonders sensationell wirkt, hat man zweifellos der Einwirkung des Sachverständigen Berlin zu verdanken, der im Wesen sowie über beträchtlichen Einfluß verfügt und früher Berater der Firma Morgan war. Möglicherweise ist er auch in amtlicher Stellung tätig, so wäre er sicher persönlich zur Teilnahme an dem Sachverständigenausschuss herangezogen worden.  
Das Bankhaus Morgan hat gerade auf politisch-finanziellen Gebiet seit Jahrzehnten eine in der Öffentlichkeit nur zum Teil bekannte, aber trotzdem ungeschwächte wichtige Rolle gespielt.  
Es sei nur daran erinnert, daß viele der Gläubigerstaaten Deutschlands heute bei der Firma Morgan sehr schwer verflochten sind und daß also dieses Bankhaus einerseits ein großes Interesse an der Frage hat, wie und in welchem Maße Deutschland sich seiner Verpflichtungen gegenüber diesen Staaten — es handelt sich u. a. um England, Frankreich (die berühmte Stabilisierungsanleihe Poincarés war bei Morgan aufgenommen), Italien und Belgien — entledigt und welche Sicherheiten evtl. für eine Kommerzialisierung deutscher Reparationsfonds zugehen werden können.

Die Schulden der genannten Staaten bei der Firma Morgan gehen heute noch an Kapitalwert mit rund 700 Millionen Dollar zu Buch.  
Es wird natürlich in hohem Maße von dem Verlauf der Sachverständigenberatungen abhängen, in welcher Weise diese Schulden abgetragen werden können.  
Selbstverständlich werden auch etwaige neue Verbindlichkeiten, die sich aus der Sachverständigenaussprache ergeben könnten, über die Firma Morgan laufen.  
Man rechnet damit, daß nun heute, Dienstag, die endgültige Ernennung der amerikanischen Teilnehmer erfolgt. Es heißt außerdem, daß entgegen den bisherigen Erwartungen Owen Young doch noch den Vorsitz des Sachverständigenausschusses zu übernehmen in der Lage sein wird.  
Alles dies wiederholt natürlich den Nachrichten, denen zufolge sowohl die Banken als auch die Regierung der U.S.A. sich kategorisch gegen eine Kommerzialisierung neuer deutscher Fonds ausgesprochen hätten.  
Natürlich ist es unmöglich, durch eine geniale internationalen Reparationsanleihe die deutsche Weltwirtschaftsnot auf einen Schlag zu liquidieren.  
Es wird lediglich möglich sein, alle Nachkriegsschulden, darunter natürlich auch die deutschen Reparationsverpflichtungen, schrittweise in Privatdarlehen umzuwandeln. Vorläufig handelt es sich, wie die „New York Evening Post“ ausführt, lediglich um eine „Kortierung von Einzelheiten des Anleihenplans“. Grob gesagt, wird sich also alles um eine möglichst genaue und billige Festlegung der deutschen Zahlungsverpflichtungen handeln.

## Deshalb also „endgültige“ Lösung?

Wie verläuft, beschäftigt Parker Gilbert möglichst bald von seinem Posten zurückzutreten. Die Wahl eines Erbkammars für Morgan in den Sachverständigenausschuss fiel auf Lamont, ein Mitglied des Bankhauses Pierpont Morgans.  
Gilbert will hinterher in das Bankhaus Morgan eintreten. (Hpt.)

## Ausland und die Wirtschaftsspionage.

Das deutsch-russische Wirtschaftsprotokoll vom 21. Dezember.  
Berlin, 15. Januar.  
Amtlich wird mitgeteilt: „Das deutsch-russische Wirtschaftsprotokoll vom 21. Dezember 1925 mit seinen acht Anlagen wird nunmehr durch den Reichsminister des Aus-

märtigen im Reichsgesetzblatt bekanntgeben. Gleichzeitig ist das Protokoll mit einer erläuternden Beschriftung dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Aus der Beschriftung ist u. a. auch der Wortlaut in der Frage der Wirtschaftsjahresangabe von Seiten der Sowjet-Union abgegebene Erklärungen ersichtlich. Das Ergebnis der besonders eingehenden Verhandlungen über diese Frage ist im Protokoll der Schlichtung wie folgt niedergelegt:

Die Deutsche Delegation hat auf Vorklärung über einige Fragen betreffend Wirtschaftsjahresangaben.

Der Vorsitzende der Delegation der U.D.S.S.R. erklärt, daß die von der Deutschen Delegation gestellte Frage nicht den Verhandlungsstoff dieser Konferenz bilden kann. Da er jedoch dem Wunsch der Deutschen Delegation, soweit als möglich Erklärungen zu der erwähnten Frage zu erhalten, entgegenkommen will, teilt der Vorsitzende der Delegation der U.D.S.S.R. mit, daß er bei den zuständigen Stellen die erforderlichen Auskünfte eingeholt und auf Grund derselben die nachstehenden Erklärungen geben kann, welche verständlich sind nur als ein Gutachten angesehen werden können, da die authentische Auslegung der Besetze zu der Kompetenz der Gerichte der U.D.S.S.R. gehört.

Die vielfach verbreitete Annahme, daß die Verbreitung wirtschaftlicher Nachrichten aus der U.D.S.S.R. nur insoweit erlaubt ist, als es sich um Zeitungen oder in Zeitungen veröffentlichte Nachrichten handelt, ist irrig.

Das Recht, sich ein wirtschaftliches Gebiet zu informieren, findet auch in der U.D.S.S.R. seine Grenze lediglich an dem Geschäfts- und Betriebsgeheimnis und an der Anwendung von Handels- und Wirtschaftsmitteln (Werbung, Diebstahl, Betrug u. dergl.) zur Erlangung von Nachrichten. Politisch sollen unter das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis auch die amtlichen Wirtschaftspläne, soweit sie nicht veröffentlicht sind, nicht aber Einzelhandelspläne, die Produktionsbedingungen und den Zustand einzelner Unternehmungen.

Die U.D.S.S.R. hat auch keinen Anlaß, die kritische Betrachtung ihrer wirtschaftlichen Organisation zu vereiteln oder zu erschweren.

Es versteht sich daher von selbst, daß jedes Mitglied, in der Union über Wirtschaftsnachrichten zu sprechen oder Mitteilungen darüber entgegenzunehmen, sofern er nicht Anhaltspunkte dafür hat, daß die von ihm erfragten oder ihm gemachten Mitteilungen auf Grund spezieller Abmachungen zwischen der Regierung der Behörden oder der betreffenden Staatsunternehmungen für die Befähigung an Aufgehenden entziehen. (Dieser Grundtatbestand soll allein bei Ausprägungen über Lebnissen und Konjunkturen)“.

## Finita la Comedia.

Die Finita la Comedia. Das Spiel ist zu Ende! Es ist nicht nur die trotz aller zutagegetretenen Unzulänglichkeiten sympathische Figur des jungen und reformeifrigen Königs von Afghanistan, die den Sturz und die Absetzung von Amanullah als das Rahmen der lieblichen Tagesereignisse heraushebt und ihr eine Tragweite von erhöhtem politischem Interesse sichert. Kein Mensch ist unfehlbar, und wenn der nunmehr gelüzte Herrscher Afghanistans in seinem durch die Eingriffe einer fast triumphartigen Reise durch die Metropolen Europas noch gesteigerten Willen, den Sturz, aber auch den wüsten Verdorfenen und Willenbewohnern seines noch der Kultur noch kaum belebten Landes die Segnungen europäischer Zivilisation zu bringen, sowohl den Einfluß seiner königlichen und persönlichen Autorität als auch die ihm zur Verfügung stehenden Mittel als Hilfsmittel überlegen, so ist dies eben menschlich, und das Urteil des Beobachters muß vor diesen naturgegebenen Grenzen jeglichen Intellekts und jeglichen Willens Halt machen.

Aber die afghanische Tragödie hat ihre Höhe schon politisch erreicht, die in ihrem vollen Ausmaß noch keineswegs in breiteren Schichten erkannt worden ist. Es ist der Augenblick gekommen, sich daran zu erinnern, daß König Amanullah kurz nach dem Tode seines Vaters — der, wie erinnerlich sein wird, einen politischen Wort zum Opfer fiel — einen schweren Krieg gegen Indien durchzuführen hatte. Das Resultat dieses Kampfes war zwar, rein militärisch gesehen, eine Niederlage der afghanischen Streitkräfte. Auf diplomatischem Gebiet aber ging der junge Herrscher als unbeschränkter Sieger gegen eine weltumspannende Macht wie das britische Imperium hervor. War vorher Afghanistan nichts anderes als ein englisches Protektorat, so wurde ihm nach der Niederlage gegen Indien die Unabhängigkeit eines freien Reiches zuteil, eine Unabhängigkeit, die in der Nachbarschaft — wir rechnen mit asiatischen Entfernungen — des indischen Dominions, der englischen Einflusssphäre in Kleinasien und in Persien andererseits sowie in den Bergländern des Himalaja andererseits, eine doppelte Bedeutung zutraf. Zumal, wenn man sich die Entwicklung vor Augen hält, die das englisch-russische Verhältnis in den letzten Jahren der Moskauer Sowjet Herrschaft im fernsten Osten genommen hat.

Wenn schon anlässlich der Europareise Amanullah seine Besuche in Paris und Berlin, abgesehen von ihren wirtschaftlichen Zwecken, an politischer Bedeutung weit hinter seinem Aufenthalt in London und Moskau zurücktraten, wenn man sich damals schon mit einem kaum verhehlten Gefühl ängstlichen Interesses in der gesamten internationalen Presse die Frage vorlegte, ob der junge König und seine ebenso kluge wie schöne Beraterin, die Königin Suraja, für England oder für die Interessen des Russen entscheiden würden, so ging aus der ganzen Nachrichtenlage während der verflochtenen Wochen des afghanischen Aufenthalts mit Klarheit hervor, daß das Foreign Office seinerseits gegen Amanullah optiert hatte. Es ist klar, daß ein unabhängiger, in kultureller und militärischer Beziehung europäisierter Staat vor den wichtigsten Geschäftsfragen nach Indien für England wenig erwünscht sein konnte. Noch ist die Rolle nicht geklärt, die der englische Oberst Lawrence gespielt hat, dessen Anwesenheit bei den ausländischen Bergstämmen in den letzten Wochen mehrfach gemeldet wurde. Dieser Abenteuer großen Schlags, der lange Jahre hindurch dem englischen Geheimdienst angehöre und der dann eines schönen Tages vor die Öffentlichkeit trat, um mit einem lauten patzer peccati sich an die Brust zu schlagen und die Methoden des englischen Imperialismus zu geißeln, kann heute ebenjotig im Auftrage der Londoner Polizei

gearbeitet haben wie jederzeit in Afghanistan. Die Methoden des militärischen Spies und Geheimdienstes, vor allen Dingen, wo es um den Verkehr mit der Fabrikantenwelt geht, sind die gleiche Welt. Es handelt sich nicht um die übliche, sondern um die wirkliche, und es wäre nicht das erste Mal, daß ein Geheimagent, der sich in seiner Rolle nicht mehr als ein Knecht, die von ihm selbst geleisteten geheimen Dienste in aller Öffentlichkeit verurteilt, um hinterher diesem dunklen Gewerbe mit neu erworbenen Vertrauen des Feindes nachgehen zu können.

Was wird nun aus den Verträgen werden, die König Amanullah nach seinem diplomatischen Sieg im afghanisch-indischen Krieg mit Moskau und Unga, Kema, Balcha, zweifelslos ausgehandelt und verriet hat? Wird sein Nachfolger, der nach dem verbreiterten Anlaß mindestens in fälligen Umständen, vielleicht aber sogar mit Hilfe Englands durch von Afghanistans in Besitz genommen hat, diesen Bedingungen abzuweichen und im Einverständnis mit dem Moloch — d. h. der Geisteswelt, den Haupttreiber zum Sturz dessen, der europäischen Sitten gegen die religiösen und kulturellen Traditionen des Landes aufstehen wollte — in die Arme Englands zu rufen und aus dem freien Afghanistan wieder ein mehr oder weniger offenes Protektorat des britischen Imperiums machen?

Amanullah selbst, wohl von der getreuen Königin Suraja begleitet, hat in der Richtung nach Kandahar fluchtartig das Land verlassen. Auch hier bleibt eine Frage offen: Wird er, reich wie er ist, zukünftig als eleganter Lebemann die von ihm so sehr geliebten europäischen Sitten in Berlin oder Paris an der Quelle versuchen, das zu organisieren, was ihm bei seinem ersten, allzu eiligen Ansturm vom Innern seines Reiches her mißlang?

## Die Lage in Afghanistan.

London, 15. Januar.  
Eine Nachricht, die von der indischen Nordwestgrenze einläuft, besagt, daß König Amanullah habe zugunsten seines älteren Bruders, des Prinzen Zinajulla, abgedankt und Kabul in einem Flugezug verlassen, mit dem er sich nach Kandahar begeben hat. Das Londoner Auswärtige Amt erklärte gestern Abend spät, die Nachricht ist richtig, Amanullah habe die Königswürde niedergelegt, und seine Abdankung sei von sämtlichen Parteien angenommen worden.

## Die Umbildung der afghanischen Regierung.

Rairo, 15. Januar.  
Nach hier eingetroffenen Nachrichten über die politische Lage in Afghanistan soll der neu gewählte König Zinajullah wahrscheinlich am Sonnabend vereidigt werden. Er empfing bereits die Vertreter der verschiedenen Stämme und hatte mit ihnen eine längere Unterredung über die politischen Ziele der neuen Regierung.

Die gesamte afghanische Regierung ist zurückgetreten. Der Oberbefehlshaber der afghanischen Truppen, Mohammed Wali, der den Kampf gegen die ausländischen Truppen leitete, wurde abgesetzt und verhaftet. In Kabul herrscht vollkommene Ruhe. Am Sonntag sollen die diplomatischen Vertreter in Kabul vom König empfangen werden.

## Ein Aufruf des neuen Königs.

Rairo, 15. Januar.  
Hier eingetroffene Meldung aus Kabul zufolge veröffentlichte der neue afghanische König einen Aufruf an das Volk, in dem erklärt wird, daß er die Regierung nach den alten Grundsätzen des Landes führen werde. Die Reformbestrebungen Amanullahs würden zurückgezogen.

Alle Offiziere der afghanischen Armee haben dem neuen König den Treueid geleistet. Amanullah hat sich verpflichtet, seine Politik zu revidieren und in den nächsten fünf Jahren nicht nach Afghanistan zurückzukehren.

## Der afghanische Gesandte bei Stresemann

Inzagatullahs Sympathien für Deutschland.  
Berlin, 15. Januar.  
Der Berliner afghanische Gesandte hat dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Besuch abgestattet, um im Auftrage des neuen Königs von Afghanistan der deutschen Regierung den Thronwechsel amtlich mitzuteilen. Er hat bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß die neue afghanische Regierung den dringenden Wunsch habe, mit Deutschland in den gleichen freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, wie sie von Amanullah angebahnt worden seien.

In unterrichteten Kreisen Berlins wird der neue König Inzagatullah als ein fortgeschrittener Mann bezeichnet, der für Deutschland harte Sympathien habe. Er habe sich während der Regierungsjahre Amanullahs sehr zurückhalten müssen, aus seiner Freundschaft für Deutschland aber nie ein Wort gemacht. Er trete sich, so wird weiter erklärt, in Afghanistan sowohl der Sympathien der Geistlichkeit als auch der Bevölkerung. Man könne damit rechnen, daß Ruhe und Ordnung in Afghanistan nun bald wiederhergestellt sein werden. Ueber die Familie des Königs wird bekannt, daß Inzagatullah 18 Jahre hat, deren ältestes 17 Jahre ist. Einige Kinder, behauptet der deutsche Gesandte in Kabul, als er im Jahre 1920 von Amanullah abgedankt wurde, nachdem er drei Jahre im Gefängnis verbracht hatte, hat er sich mit Amanullah wieder ausgehört.

## Aus dem In- und Auslande.

Reinrentnerfragen im Reichstag.  
Berlin, 16. Januar. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten ist im Reichstag zusammengetreten, um u. a. die Angelegenheiten über Rentenversicherung zu beraten.

Freiung Westpreußen des Reichstages.  
Berlin, 15. Januar. Der Westpreußen des Reichstages ist für Freitag, den 18. d. M., 11 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden, um über den Wiedereröffnungstermin des

Reichstages Beschlüsse zu fassen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat ihre erste Sitzung nach der Weihnachtspause bereits für kommenden Sonnabend, 19. Januar, 14 Uhr, anberaumt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält am Montag und Dienstag der nächsten Woche ihre Sitzungen ab.

Der Straßensprengstoff des Reichstages beschlagnahmt sich mit der Frage der Unschuldigkeit.

Paris, 15. Januar.  
Marschall Foch ist schwer erkrankt. Mehrere Aerzte sind zu Rate gezogen worden.

Der Gesundheitszustand des Feldmarschalls Foch gibt zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Foch ist durch übermäßige Arbeit erschöpft und hat völlige Ruhe nötig. Die Aerzte haben eine 60-tägige vollständige Unterbringung mit einer leichten Verbesserung des Krankheitszustandes ergeben.

Kolmar, 14. Januar.  
Bei der Kammererwahlwahl in Kolmar erhielt der Autonomist Hausherr als Kandidat der Vereinigten Listen 8800 Stimmen, seine Gegner weit überlegen. Der Nationalist Hausherr erhielt 4500 Stimmen, der Sozialist Hausherr 3500, der Kommunist Hausherr 2850. Der Hausherr am nächsten Sonntag mit Sicherheit als Wahlsieger für Professor Rolfe gewählt werden.

Die Kammererwahlwahl im estländischen Wahlkreis Utsch führt zur Wahl des autonoministischen Kandidaten Stueemel, der 7144 Stimmen erhielt gegen die unabhängigen Kandidaten und früheren Abgeordneten Silbermann mit 2650 Stimmen.

Eine Radiodeklaration im Eliaß?  
Paris, 15. Januar. Die französische Regierung hat beschlossen, unverzüglich eine Radiodeklaration für das Eliaß zu fassen. Sie hat den Unterstaatssekretär Germain Martin beauftragt, in Straßburg die Möglichkeiten für die Durchführung des Planes zu prüfen.

Nach amerikanischen Meldungen soll eine Regelung der zentralen Frage zwischen dem Baltikum und der italienischen Regierung erfolgt sein.

Neuer japanisch-chinesischer Zwischenfall in Hankow.  
Paris, 15. Januar. Aus Hankow wird ein neuer japanisch-chinesischer Zwischenfall gemeldet. Ein Japaner wurde von einer chinesischen Streifenkommission gefangen gehalten, verurteilt und im Streifenort erst auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes wieder in Freiheit gesetzt.

## Aus der Umgegend

Nebr, 17. Januar.

Winterfreuden. Man hat in den letzten Jahren eine ungeliebte Umkehrung der Maßigkeit in das breite Welt getragene, eine Umkehrung, die für die Gesundheit und Jugendkraft, für die Schaffenskraft und Lebensfreude eines Volkes durchaus nicht gleichgültig ist. Und diese große Umkehrung ist in einem Satz ausgedrückt: Auch im Winter gehen die Sonne! Auch im Winter, den zu viele früher zugehörte Versteifung und Krost, zwischen Natur und Mensch in der dumpfen Stube zugegriffen hatten, bietet die Natur so unerwartlich viele Wege, das es getreuer wäre, das Wintermosenboden zu vermeiden. Mit großartigen Winterfreuden geht es an. Möglichst weit weg! Was nicht weit fort oder weit her war, zählte ja so lange nicht im lieben deutschen Vaterland! Mit einigen mittelständischen idyllischen Begriffsänderungen nahm's seinen Fortgang. So haben Dars auch schon als sehr bedehenden primitiven Unterwäldchen und Gasmittelschneeflächen sogar ganze Fremdenindustrien, wenn man bei dem bescheiden familiären Charakter des Bergfahrens den Geschichtsbuchstausen in den Vordergrund rufen darf. Dann kam die fürmliche Jugend, in dem Vorbergen nicht damit, sondern Dörfern den engen abschüssigen Felsberg herunterzubrechen, sondern zog los mit Nobel und St. Iver Berg und Tal, die 50, die 100 und 200 Kilometer weit, besaß die Schönheit der engeren und weiteren Heimat im Winterfeld und erlosch sich die Weisheit, das es dabei selbstverständlich schöner und herrlicher sei als irgend sonst wo auf der weiten Welt. Heute ziehen aus den Stätten allomnabenden schon unübersehbar Scharen winterportig ausgerüstet hinaus in die Welt der Berge, um Winterferien zu genießen in Gesundheit und feinsinniger Höhenluft, in den ultravioletten Sonnenstrahlen zu baden und mitten in der kalten Jahreszeit die Haut zu bräunen! Glücklich Jugend von heute! Wie anders war das noch vor 20 Jahren, wo es nur einigen Begünstigten möglich war, einen kurzen Winterurlaub zu nehmen. Wo das junge Mädchen von Siebzehn, mit Strickstrumpf oder Steltnadel bemantelt, im Hüblchen vom Fenster sah und für die „Barre“ (Gletscherbarre) ergozen wurde. Heute gibt es nicht wenige Mädchen, die mit Schönen und Töchtern in die Berge ziehen, um einen fröhlichen Winterzeit mit all seinem Schnee- und Wunderrauschen, neben im Glanze der Sonne und im Wandel der Dämmerung fanden wechselnde Landschaftsbilder zu „genießen“. Heute wird die Menschheit finden, daß gerade in der Winterzeit auch ein Stück Landschaftsbildhaftigkeit liegt, daß jeder Baum, ja jeder Zweig, der die oft wunderbar einfahe belebt, just so und nicht anders sein muß, und daß es sinnvoller Unterfragen wäre, an diese Naturbedeutung zu rühren. Wahrhaftig, in unserer prächtigen Winterbergaufzeit ist manchem schon eine Abnung aufgegangen, was es heißt, dem göttlichen Odem näher zu sein.

Neuschnee. Anlaß ist das vom Barometer angezeigten Eintritts von Tauwetter, das es letzte Nacht erheblich gekühlt. Heute morgen mußten alle, die zur Reinhaltung der Straßen verpflichtet sind, große Schneemassen von den Bürgersteigen wegräumen. Die Lebenszeit der Autos hat sich wieder erneut vermindert und diesmal erwies sich auch das Weiche Postauto nicht als stark genug, die Schneewehen zu überwinden. Auf seiner Morgenfahrt nach Wöhlchen blieb das Auto im Schnee stecken, es mußte zurückfahren und konnte auch die zweite Vormittagsfahrt nicht durchführen. So ist der Schnee also doch ein ganz erheblicher Nebenfriede geworden und viele werden froh sein, wenn Frau Sonne ihm recht bald zuleibe geht.

Vom Ratskeller. Nun ist unsere Ratskellerwirtschaft in allen ihren Teilen modernisiert, also der Saal hat einen neuen Anstrich erhalten. Am Sonnabend wird dieser nunmehr der Neuzeit entsprechende Musiktempel der allgemeinen Benutzung übergeben werden durch Abhaltung eines Balls, der zugleich ein am Sonntag in sämtlichen Räumen der Ratskellerwirtschaft stattfindendes Bankett einleiten wird. Das Bankett ist, St. Saiten-Orchester, das sein Orchester spielen möchte.



Die Wollschere hat sich auf den Winterkampfen der höheren Schulen in Bismarckheim am 14. 1. 29. Wieder einmal die Wollschere der höheren Schulen Mitteldeutschlands zur Ausrichtung von Wettkämpfen in den winterlichen Tagen nach Bismarckheim eingeladen. 24 Schulen hatten insgesamt 280 Wettkämpfer angemeldet. Mit Pfadfindern und fliegendem Spiel wurden am Sonnabend abend die Wettkämpfer vom Stadion abgeholt und in ihre Quartiere geleitet. Am Sonntag konnten bei gutem Wetter die Wettkämpfe glatt durchgeführt werden. Von der Wollschere wurden folgende Siege errungen: Langlauf Kl. II (5 km) 108 Teilnehmer: 6. Sieger v. Barn, 33 Min. 22 Sek. (Beizeit: 31:33). Langlauf Kl. III (3 km) 68 Teilnehmer: 4. Sieger v. Stach, 14 Min. 41 Sek. (Beizeit: 13:54). 7. Sieger v. Douglas 15 Min. 25 Sek. Sprunglauf Kl. II 12 Teilnehmer: 4. Sieger v. Barn, Note: 348,39 (Beizeit: 352,6). Zusammengelegter Lauf (Sprung- und Langlauf Kl. II 12 Teilnehmer: 1. Sieger v. Barn, Note: 346,25. Leberlauf Kl. I 8 Teilnehmer: 2. Sieger Tarnow und Sportlehrer Müller, 58 Min. 49 Sek.

**Die künftigen Meliorationen im unteren Harztaale.** Die Landwirtschaftsamtliche Stelle hat den Entwurf für die in Aussicht genommenen Meliorationen nahezu abgeschlossen. Der Entwurf führt unter sehr wirtschaftlichen Kosten die Umwandlung von rund 3150 Morgen brauner und verunreinigter Flächen in einträgliches Grünland vor. Deutlich zeigt der Entwurf, daß der einzelne Viehwirtschaftler allein nicht in der Lage ist, eine Verbesserung der Vorflut und in Folge einer Verbesserung seiner Grundfläche zu erzielen. Einmütig find alle Zootenverbände wieder darauf übereingekommen, daß nur durch Zusammenfassung aller Viehwirtschaftler zu einer gemeinsamen Regelung der Wasserwirtschaft nach einem einheitlichen Plane mit Unterführung des Staates und der Provinz eine wirklich befriedigende Verbesserung zu erwarten ist. Nach dem Urtelle der Sachverständigen wird durch die Beseitigung des Entwurfs der Wert des Grünlandes um ein Vielfaches gesteigert werden. Es wird beachtet, daß in der am 21. des Monats von der Landwirtschaftskammer nach Gerdorf abgehaltenen Versammlung die reifliche Zustimmung der beteiligten Landwirtschaften an Hand der Entwurfsunterlagen, an Hand großer Lehrtafel und mit Hilfe eines sehr instruktiven Vortrags durch den Vorsitzenden, Herrn Landwirt von Hildebrandt, die Beseitigung des Entwurfs seinen Grundrissen dringt, übergeben. Mit Recht dürfen wir hoffen, daß dem Harztaale nun bald durchgreifend geholfen wird.

**Zeitungssubstitut.** Am 7. Januar d. Js. konnte die „Menschen Zeitung“, Amtliches Kreisblatt, Buchdruckerei von Fr. Jahnstein in Stadt Mansfeld auf ihr 75jähriges Bestehen zurückblicken. — Der „Stolberger Anzeiger“, Hofbuchdruckerei von Fritz Burek in Stolberg am Harz, begann am 6. Januar fogar die Feier seines 100jährigen Bestehens. Den Veteranen der mitteldeutschen Presse die besten Wünsche!

**Kalter Januar — guter Sommer.** Wenn man den Bauregeln glauben darf, auf die zwar nicht immer Verlaß ist, die aber doch das Ergebnis jahresübergreifender Erfahrungen darstellen, so verpricht die zeitige Januarabende einen unso frohen, frosthaften Sommer. Einige dieser uralten Bauregeln lauten: „Januar ohne Schnee und Regen, das Sommer mit Regen und Wind.“ Der Jänner Eis und Schnee, gibt es Storn auf jeder Höhe. Im der Januar froh und kalt, laßt sich bald bei grüner Wald. Januar muß vor kalten Wäldern, auf der Wauer Meißel einfallen. Gletscher im Januar, groß und dicht, eine gute Karte verpricht.“ Nach der Regel gehen wir übrigens erst im Beginn der Kälte, denn es heißt: „Johann und Sebastian (21. Januar) fängt der Winter erst richtig an“. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Ein strenger Winter ist für viele unbedingte Garantie für einen guten Sommer. So folgte dem ungewöhnlich langen und strengen Winter 1884, in dem die Erde zwei Meter tief gefroren und verest war, ein völlig verregener Sommer mit schwerer Misere.

**Deutsche Bauausstellung seit 1931.** Die Mitgliedsverpflichtung des Vereins Bauausstellung hat am 8. Januar der vom hiesigen Körperchaften am 20. Dezember verabschiedeten Bauausstellungsfrage ebenfalls zugestimmt, dabei jedoch gleichzeitig in einer einmütigen Beschlusse und inzwischen dem Magister a übermittelten Entschließung der Aufsicht Ausdrück gegeben, daß eine Verschlebung des Eröffnungstermins der Ausstellung auf das Frühjahr 1931 der Bauwirtschaft erwünscht sei, da bis zum Mai 1930 selbst bei härtester Anspannung aller Kräfte die rechtzeitige Fertigstellung und eine der besonderen Art und Aufgaben der Bauausstellung entsprechende Durchführung des Ausstellungsprogramms kaum mehr möglich erscheint. Der Aufsichtsrat des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin unter Vorbehalt des Vorbehalt der Aufsichtsrat ist auf Grund dieser Entschließung nach eingehender Prüfung aller für die Festsetzung des Zeitpunktes der Eröffnung der Bauausstellung in Frage kommenden Gesichtspunkte seinerseits zu dem einstimmigen Beschluß gelangt, daß man dem an die Stadt herangetragenen einmütigen Wunsch der Wirtschaft für eine Verlegung der Ausstellung auf das Jahr 1931 leichten der Stadt Zustimmung tragen müsse. Der Magistrat wird in Verfolg dieses Beschlusses gebeten, der Verlegung der Bauausstellung auf 1931 ebenfalls zugestimmt und der Stadtoverordnetenversammlung davon Kenntnis zu geben.

**Bereinstellung des Meliorations.** (Gesellschaft in der Provinz Sachsen). Wie man uns mitteilt, wird in der Provinzstellung des Preussischen Innenministeriums ein Gesetzentwurf vorbereitet, der eine Vereinstellung des Meliorations bringen soll. Durch dieses Gesetz kommt eine große Anzahl von Polizeiverordnungen in Fortfall. Die in den preussischen Polizeiverordnungen angeordnete Melioration soll bis 1. Februar überall durchgeführt werden.

**Spezialisierung und Stimmbildner.** Es ist vielfach vorgeschlagen, daß sich Personen, die sich mit Spezialisierung und Stimmbildner beschäftigen, auch in Preußen Diplomat in Stimmbildner oder ähnlich genannt haben. Auf Grund dieser Bezeichnung sind sie zum Teil auch von Schulen zu Verbänden in Spezialisierung herangezogen worden. Der Preussische Kultusminister weist in einem Erlass demgegenüber darauf hin, daß es in Preußen keine

staatliche Prüfung für Stimmbildner und Sprechlehrer gibt, und daß auch die Bezeichnung „Diplomstimmbildner“ oder „Diplomstimmbildungslehrer“ nicht staatlich anerkannter Lehrer für Stimmbildung und Vortragskunst in Preußen nicht besteht. Auch mit der im Rahmen der staatlichen Waffenerprüfung vorgehenden Gesanglehrerprüfung hat das hier in Frage stehende Fach nichts zu tun.

**53jähriges Jubiläum der „Medizinischen Klinik“.** Die bekannte Zeitschrift „Medizinische Klinik“, das Organ der Berliner Medizinischen Gesellschaft, beginnt mit diesem Jahr ihres 53. Jahrgang. Der Schriftleiter, Professor Dr. v. Handlirsch, gab einen Überblick über die Tätigkeit und die Bedeutung dieses Blattes im medizinischen Schrifttum.

**Arten.** Der Hofhof „Zum Goldenen Anker“ ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Wendt-Blantzen über. Er wird die Veranschlagung am 1. März übernehmen.

**Sondershausen.** Zur Sondershäuser Musik- und Theaterfrage hat Reichsanwalt Jodits-Sondershausen ein Gutachten ausgearbeitet, in dem er zu dem Schluß kommt, daß das Land Thüringen auf Grund der aberkennenden Sitzung, die die Erhaltung der Musikinstitute in Sondershausen sichern sollte, zur Erhaltung der Sondershäuser Musikinstitute verpflichtet ist.

**Weimar.** Leischninnige Brüder. Zwei Brüder aus einem Orte hinter dem Ebersberg hatten von der Kasse der Weimarer Kreditreiterei einen für ihre Schwerter bestimmten Paugelddausch abgehoben und waren dann in die Gesellschaft eines Berliner Handwerksburschen geraten, der sie in eine Reihe heiliger Kofale zog. Im Marz laß 3. Kasse des Hauptbahnhofs behaupten sie, daß das Geld ihnen gekohlen worden sei. Am nächsten Tage wurde die Kauferei fortgesetzt. Dabei benahm sich die drei vermessen anmaßlich, daß sie aus verschiedenen Ursachen gezwungen werden müßten, in einem Gafel in der Geleisstraße gelang es dem Vort nicht, die drei zu entfernen, so daß er die Polizei zu Hilfe holen mußte. Die beiden Brüder sind nun ohne jeden Vermögenszufluß nach Hause gekommen. Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei der gestellten Summe um die Restzahlung der Rente einer Reitergarnison, die vom Bruder orquestierte Kaufausgaben bezahlen wollte.

**Esfermerda.** Mithandlung durch den Stiefvater. Ein junger Landwirt war mit seiner Mutter und seinem Stiefvater in Streit geraten, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Der junge Landwirt, auf den drei Männer und zwei Frauen einwirkten, klagte. Beim Überlegen eines Zammes wurde von seinem Stiefvater erstickt und mit einem Stein auf den Kopf geschlagen. Der Stiefvater befand, derart auf den Kopf geschlagen, daß er schwer verletzt wurde und beunruhigend liegen blieb. Ueber die brutale Handlung des Stiefvaters herrscht im Orte große Erregung.

**Salzstadt.** Ein Schwindler gefaßt. Ein angesehener Krupp-Ingenieur, der einem mittellosen Arbeitergepaar und verheirateten anderen Einwohnern größere Beträge abgehoben hatte, ist dank der Rührigkeit unserer Polizei verhaftet worden. Er behauptet, in Folge unglücklicher Familienverhältnisse auf die höchste Ebene gekommen zu sein.

**Hudolstadt.** Ein Kind in Feuergefahr. In der Schule in der Mangelgasse wärmte sich ein Mädchen am heißen Ofen. Da die Feuerung nicht offen war, löste die Glut die Kleider des Kindes in Brand. Das schreiende Mädchen rief brennend aus dem Haus aus. Der herbeigelaufene Hausvater, der einen Jagdschein hatte, hat Feuer mit Hilfe seiner Töchter erloscht, fünf Brandwunden an den Händen davon. Das Mädchen selbst hatte keinerlei Verbrennungen erlitten, obwohl aus seiner Kleidung große Stücke herausgerannt sind.

**Gr.-Osterleben.** Töblicher Verkehrsunfall. Der Techniker Karl Seiwitz wurde beim Überfahren der Halberstädter Straße in Höhe des Wäldchens durch einen Motorwagen angefahren und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte erlag im Krankenhaus Subenburg seinen Verletzungen.

**Neugesdorf.** Ihren Verletzungen erliegen. Die Frau des Hüttenarbeiters Großmann von hier, die von ihrem Manne in einem Unfall von gelistiger Umhüllung mit einer Wärmehülle und einem Jagdschein schwer verletzt wurde, ist jetzt in der Klinik verstorben. Der Mann, der in eine Ketteneisenbahnstrecke gebracht werden sollte, hat sich inzwischen in der Gefängniszelle erhängt.

**Hörsfelde.** Großfeuer. Ein großer Teil der Zimmeranlagen des Dampfheizwerkes der Firma Gilge & Geinich ist niedergebrannt. Das Ventilations- und Kontorgebäude wurde völlig in Schutt und Asche gelegt. Der Schaden wird auf rund 80.000 Mark geschätzt. Die Wäldchen des Wäldchens hütten konnten vor einem Übergehen des Feuers bewahrt werden. Die Hüttenarbeiten wurden durch die Kälte, die das Wasser in den Schläuchen gefrieren ließ, sehr erschwert. Als Brandursache wird Brandstiftung angenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

**Leipzig.** Zwischen Rodel und Jockeier wurde am Montag früh der 33jährige Friedrich Reimlich in seinem Auto mit einem Schußverletzt aufgefunden. Das Auto fuhr gegen einen Pfostenbaum und landete auf dem Kopf neben dem Straßengraben. Der Mitfahrer Mann kam mit leichten Verletzungen davon.

**Aus Nah und Fern.**

**§ Schiffsereien im Hafen von Abelaide.** Im Hafen von Abelaide kam es nach Meldungen aus Melbourne zu Unruhen, als eine 1000 Tonschiffe, die nach dem letzten Streik stellungslos geworden waren, mehrere freiwillige Arbeiter, die mit dem Beladen des Dampfers „Mareeba“ beschäftigt waren, angriffen, sie auf Deck des Schiffes versetzten und mit Steinen bewarfen. Es entpand sich eine Schiffserei, in deren Verlauf auch Schiffsbesitzer getötet wurden. Bestimmte Polizeibeamtungen wurden ebenfalls mit Steinen beworfen, konnten jedoch, ohne von der Schiffserei Gebrauch zu machen, die Kasse wiederherstellen. Ein zweiter Überfall auf ein anderes Schiff wurde von berittener Polizei verhindert.

**§ Englische Unterhausmitglieder in Dienste verhaftet.** In London ist ein Telegramm des Sekretärs der britischen Regierung für die in Paris abend antiparitätliche Liga eingegangen, wonach drei Mitglieder der englischen Abordnung, nämlich Bridgeman, Saltwater und Maxton, von den belgischen Behörden in Dienste verhaftet worden sind. Den beiden anderen Delegierten, Cool und Golliv, wurde die Verhaftung mitgeteilt.

**§ Generellauf im hiesigen Sturm heimgejagt.** Teneriffa, die größte der Kanarischen Inseln, ist von einem schweren Sturm heimgejagt worden. Große Teile der

Pflanzungen sind vernichtet. Der Schaden an der großen Tomaten-Plantage wird mit 50 Prozent angegeben.

**§ Englisches U-Boot mit Bagger zusammengejagt.** Das zu Versuchsfahrten in der Nähe der Insel Wight freigegebene englische Unterseeboot „G 5“ ist mit einem Bagger zusammengejagt. Die Versuchsfahrten wurden abgebrochen, konnte jedoch mit eigener Kraft den Hafen Portsmouth erreichen.

**§ Starer Schneefall in Polen.** In ganz Polen sind bei geringem Frost starke Schneefälle zu verzeichnen. Der Eisenbahnbetrieb ist Störungen ausgeleitet. Wie die Presse berichtet, sind hiesig die Versuche, den Eisenbahnbetrieb auch in Ostgalizien und Wilna unterbrochen gewesen bzw. noch gelöst.

**§ Wasserrohrbruch in London.** In der City von London und an einer anderen Stelle im Zentrum der Stadt sind erneut große Wasserrohre geplatzt und ein Teil der angrenzenden Häuser überflutet worden. Dadurch ist die Zahl der Wasserrohrbrüche in den letzten acht Tagen auf fünf gestiegen.

**§ Schwere Sturm im Nigalischen Meerbusen.** Ueber Ostland und im Nigalischen Meerbusen wütet ein heftiger Sturm, der hieswiese die Windstärke 10 erreichte. Der heftige Nordsturm hat vor der Wändung der Dina und im Strom selbst große Mengen von Eis zusammengetrieben, die den Dampferverkehr fast gestoppt.

**§ Theaterbrand in Toulouse.** In einem Theater in Toulouse brach ein Schadenfeuer aus, das sehr schnell großen Umfang annahm. Dichte Rauchwolken und Flammen schloßen aus Türen und Fenstern. Die Feuerwehre konnte nach dreistündiger Arbeit des Feuers Herr werden. Der Schaden ist beträchtlich, doch sind Menschenleben nicht zu beklagen.

**§ Gewaltiger Schneesturm.** Wie aus Moskau gemeldet wird, wütete im Nigalischen Meerbusen und in Leningrad ein gewaltiger Schneesturm, der auf einige Zeit den gesamten Straßenverkehr lahmlegte. Auch die Eisenbahnen sind bei Leningrad fast erparat, daß der Zugverkehr unterbrochen ist.

**§ Journalistenprozeß wegen Mordes.** Vor dem Wiener Schwurgericht begann ein Prozeß, dessen Verlauf in der Öffentlichkeit mit großem Interesse entgegengekehrt. Am 19. Juni v. J. erlosch der frühere volkswirtschaftliche Redakteur des „Neuen Wiener Journals“, Oskar Köpf, der Redakteur dieses Blattes Bruno Wolf. Die beiden Redakteure fanden vor Gericht, weil Köpf gegen Wolf eine Ehrenbeleidigungsgelände eingeleitet hatte. Wolf hatte Köpf verächtliche Unregelmäßigkeiten beschuldigt, die sich dieser als Leiter des volkswirtschaftlichen Teiles des Blattes hatte zuführen lassen, weswegen dieser auch aus der Redaktion des „Neuen Wiener Journals“ ausgeschlossen war. Bevor noch der Richter zu den Anträgen beider Parteien Stellung nehmen konnte, feuerte Köpf in rührender Weise eine sechs Revolverkugeln auf Wolf ab. Wolf führte, vom ersten Schuß getroffen, tot zusammen. Köpf wurde sofort nach der Tat verhaftet und hat sich nun wegen Mordes zu verantworten.

**§ Brand des Fernverkehrs Wien-Berlin.** Bei Reparaturarbeiten an einem Gasrohr auf der Fischergrube in Wien entzündete eine Explosion der Gase, die sich in dem Kabelkanal gebildet hatten. Durch die Wucht der Explosion wurde ein Brückenpfeiler umgerissen und ein Arbeiter getötet, der im Krantenhaus verstarb. Die Explosion entzündete sich die Fernverkehrs Wien-Berlin, die an dieser Stelle zerstört wurden. Die Instandsetzungsarbeiten sind in vollem Gange. Bis zur Herstellung werden lärmliche Belästigungen über Prag geleitet.

**Eine hebevolle Frau.**

500 Mark Belohnung für die Ermordung des eigenen Mannes.

Die Dresdener Kriminalpolizei verhaftete in Kamenz die dort wohnhafte 42 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Lippmann wegen Auforderung zum Mord am 1. März 1908 verheiratet und haben drei unminörige Kinder. Die Ehe war von Anfang an getrübt. Im Laufe der Zeit gab es wiederholt Auftritte. Anfang Januar d. S. richtete die Frau an einen in Dresden wohnhaften Arbeiter einen Brief, in dem sie ihn aufforderte, ihren Mann unter einem Baum nach Dresden zu töten. Hier sollte er betrunken gemacht und auf irgendeine Weise beseitigt werden. Dieser Tage ging nun ein zweiter Brief ein, in dem sie mitteilte, daß ihr Mann nach Dresden komme, der Aufseher möge „ganze Arbeit“ leisten. Dem Brief lag ein Geldbetrag zur Befreiung von Mafafel bei. Für das Gelingen des Mordes hatte sie dem Täter 500 Mark Belohnung versprochen.

Das vorbereitete Verbrechen konnte durch das rechtzeitige Eingreifen der Dresdener Kriminalpolizei verhindert werden. Lippmann wurde im Hofhof in Kamenz zurückgejagt, als er im Begriff war, nach Dresden zu fahren.

**Berliner Ereignisse.**

**Ullergirls als Jagen.**

In der Berufsungsverhandlung gegen den Regisseur Hans Schüren vom Admiralspalast, der bekanntlich den dort postierten Verkehrsbeamten für „verrät“ erklärt hatte, wurde das vorinstanzliche Urteil (50 Mark Geldstrafe) bestätigt. Als Jagen waren auch zwei Ullergirls geladen, die, höchst armütig in Pelze gekleidet, am Zeugnis erklärt, daß sie den Eid in der religiösen Form leisten würden. Der Vertreter des Angeklagten kündigte Revision beim Kammergericht an.

**Großfeuer in einem Solgaler.**

Bei einer Holzfirma in der Schillingstraße brach in einem Solgaler aus noch nicht geklärtter Ursache ein Brand aus. Straßenpassanten bemerkten einen hellen Feuerchein auf dem Lagerplatz und benachrichtigten die hiesige Wehr- und Feuerschutzbrigade, die bei der Brandursache nicht mitwirken konnte, die nächste Berliner Wehr benachrichtigte, welche mit drei Bügen zum Brandort abrückte. Mit acht großflächigen Spritzleitungen konnte man nach mehrstündiger Arbeit das Feuer auf seinen Herd beschränken und verhindern, daß benachbarte Häuser und Schuppen von den Flammen ergriffen wurden.

**Der Sporthochschule wieder eröffnet.**

Der Streit an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen scheint endgültig erledigt zu sein. Erziehungswissenschaftler haben die besonnenen Elemente die Oberhand behalten. Der Unterricht wurde bereits programmatisch aufgenommen. In der großen Turnhalle des Sportforums herrschte wieder reger Betrieb. Die Wünsche der Studenten, die in der Hauptsache die Vermaltung und Erhaltung der Hochschule betreffen, werden den Senat noch einmal beschäftigen, und es liegt zu hoffen, daß eine allen Parteien geteilt werdende Lösung gefunden wird.



# Neuener Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal; Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restanblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostasse Hedra — Bankverein Aetern.

Nr. 8

Donnerstag, den 17. Januar 1929

42. Jahrgang

## Staatsgerichtshof und Reichsregierung.

Eine Auslassung des Senatspräsidenten feiert.

— Berlin, 16. Januar.

Zu dem Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons nimmt der Senatspräsident beim Reichsgericht W. Weichert im Heft 1, 1929, der Deutschen Richterzeitung in einem längeren Aufsatz Stellung. Der Verfasser tritt im Wortlaut die bekannten Beschlüsse des Staatsgerichtshofes, der Reichsregierung und des Reichspräsidenten und knüpft daran eine Schlussfolgerung, die u. a. besagt:

Es handelt sich um einen Zusammenstoß zweier Faktoren des öffentlichen Lebens: der Regierungsmacht und der Rechtsprechung. Das muß festgestellt werden. Von vornherein ist zu betonen, daß es sich nicht etwa um persönliche Empfindlichkeiten des Staatsgerichtshofes oder seines Präsidenten dreht.

Der Dr. Simons einigermaßen kennt, weiß, daß ihm nichts ferner liegt, als Neigung zu persönlichem Gehrahl. Um was es sich für ihn handelte, entzogen seinen hohen Ehrens in der Auffassung des Richtertums. Im Verhältnis von Gesetzgebung und Rechtsprechung ist das Schwergewicht immer mehr auf die Gesetzgebung abgefallen. Gerade das Ministerium der Kompetenzen in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1928 und der Hinweis, daß der Staatsgerichtshof einen Befehl erteilt habe, der über den Rahmen seiner prozessualen Tätigkeit hinausgeht und daß er sich nicht an die zuständige Stelle, den Reichsminister des Innern gewendet habe, weiß unentbehrbar darauf hin, daß man an eine Gleichstellung des Staatsgerichtshofes mit der regierenden Gewalt in der Praxis noch immer nicht zu denken gewagt ist. Als Gerichtshof stehen des Reichsgericht und der Staatsgerichtshof auf der gleichen Ebene wie das Reichskabinett, der Reichstag und der Reichstag.

Es alle sind höchste Organe des Reichs. Bei Konflikten zwischen diesen Organen ist es in der Verfassung zwar nicht möglich, die Entscheidung, das betonen der Regierung nicht die Verantwortung zu verleiht. Aber wird es als selbstverständlich angesehen, daß bei einem solchen Konflikt die Entscheidung einer Zurücklegung des Staatsgerichtshofes, sondern die Entscheidung der Regierung eingelegt zu werden. Ein anderes ist es, ob nicht bei richtiger Überlegung hätten Mittel und Wege gefunden werden können, um das, was in jedem Fall einer solchen Entscheidung des Staatsgerichtshofes, empfindlich zu vermeiden und dem nun einmal notwendigerweise gegenüber der Öffentlichkeit bestehenden Widerstand zu überwinden. Was ist das obere Gerichtshofes Bedeutung zu tragen. Welche es deshalb zu einem Rücktritt des Reichspräsidenten kommen?

## Der Reichstag wird beraten.

Die Kabinettsitzung.

— Berlin, 15. Januar.

Amthlich wird mitgeteilt: In der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerbesprechung wurde die Generaldebatte über den Reichshaushalt und die Deckungsquelle zu Ende geführt. In einer neuen Kabinettsitzung werden die Einzelentscheidungen zur Beratung gelangen.

## Preußens Verwaltungsreform.

Eine Rede des preussischen Innenministers Grafenkl.

Der Hauptanstoß des preussischen Sanftens begann die Beratung des Staatsrats des Ministeriums des Innern. Nach der Berichterstattung durch den Abgeordneten Hellmann (Soz.) ergreift sofort der preussische Minister des Innern Grafenkl das Wort, um sich zu der Frage der Verwaltungsreform zu äußern. Nachdem der Minister einen neuen Entwurf in der Frage des Polizeierordnungsamtes angekündigt hatte, erklärte er, ein Teil der Verwaltungsreform sei bereits durch die Aufhebung der Amtsbezirke.

Die Vorarbeiten über die Umgebungsänderungen im Westen seien jetzt den Provinzialen vorgelegt worden. Er hoffe, daß das Gesetz zum 1. Juli d. J. in Kraft treten könne.

Die Grundzüge bei der Formulierung der westlichen Umgebungsänderungen seien nicht präjudizierend für andere Umgebungsänderungen.

Er selbst habe sich immer gegen unbedingte Eingemeindungsänderungen bei Großstädten gewendet und werde sich weiter gegen diese Organisationsänderungen bei Großstädten wenden. Die Verhältnisse in der Staatsverwaltung erforderten dringend eine Klärung. Zwar könne eine Landesverwaltungsreform nicht die Zuständigkeiten zwischen Ländern und Kreis abgrenzen. Aber es habe nach wie vor das Reich das Streben, seine Zuständigkeit und seine Verordnungen auszuüben. Dadurch würden Unklarheiten und Überheblichkeiten in der Verwaltung geschaffen.

Selbstverständlich bilde eine preussische Verwaltungsreform den Weg einer künftigen Reichsreform nicht verloren. Zunächst erfordere die Stärkung der lokalen und provinziellen Selbstverwaltung unter selbstverständlicher Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Ebenso müsse eine Reform eine Strengere Trennung der Arbeiten und Aufgaben von den Zentralbehörden auf die Mittelbehörden, von den Mittelbehörden auf die Lokalbehörden bringen.

Die Befähigung des Oberpräsidenten oder des Regierungspräsidenten ist nicht geplant, denn das ist nicht tragbar wäre.

Der Regierungspräsident müßte allein die Verwaltungsbefugnisse bleiben, während der Oberpräsident lediglich wieder Kommandant der Staatsregierung werden müßte. Der Chef der Mittelbehörden müßte kein Gehalt überlassen können. Dieser Gehalt müßte ein Gehalt überlassen können.



colorchecker CLASSIC xrite

Die Weltanschauung

1. Die Weltanschauung Amerikas wird es vorläufig nur ermöglichen, einen relativ geringen Beitrag der benötigten Vermögensgegenstände zu mobilisieren. Man rechnet damit, daß zunächst ein Abschnitt von etwa 100 Millionen Dollars untergebracht werden kann. Davon soll ein Teil den Gläubigern zufließen, während der Rest für die Finanzierung der Reparationen verwendet wird. Deutschland selbst kann dies nur annehmen, wenn es eine Auslegung aller vorherigen Bindungen für die Zukunft mit sich brachte, die einer eventuellen Revision der Gesamtsumme nicht gütlich wären.
2. Auch diese sogenannte „kleine Anleihe“ kann erst gegen Ende des Jahres herauskommen. In der Zwischenzeit, die nach Beendigung der Sachverständigenarbeiten verbleiben wird, wird es Aufgabe der Bank Morgans mit Hilfe der amerikanischen Behörden sein, diese Finanzoperation vorzubereiten.
3. Man rechnet damit, daß etwa 40 Prozent dieser ersten Tranche in Amerika ausgeliefert werden können, woraus die amerikanischen Defizitstellen vorzubereiten ist. In dem Rest würden sich Frankreich und England in etwa gleicher Höhe von je 30 Prozent teilen.

Es wird im übrigen nunmehr in der gesamten amerikanischen Presse eingehend erörtert, in welchem Maße die 700 Millionen Dollars Forderungen, die das Bankhaus Morgans an die Gläubigerstaaten Deutschlands hat, mit der Endregelung der Reparationshöhe zusammenhängen und wie die Erfüllung dieser Schuld in engster Verbindung mit dem Zustand der Sachverständigenarbeiten erfolgen kann. Einmüßig betonen die Blätter aller Richtungen, daß die einmalige Auslegung einer gigantischen Anleihe, durch die eine Gesamtliquidierung der Reparationen erfolgen könnte, keinesfalls in Frage komme.

## Die Auffassung in der Welt.

— Berlin, 16. Januar.

In Berliner politischen Kreisen wird die Ernennung Morgans zum amerikanischen Sachverständigen zwar im allgemeinen zurückgeführt, aber doch nicht unangenehm beurteilt. Jedemfalls hofft man, daß Morgans als praktischer Geschäftsmann sich nicht von unglücklichen Beweggründen leiten lassen werde. Da das Bankhaus Morgans an den kommenden Transaktionen selbst stark beteiligt sein dürfte, sagt man sich außerdem, daß es nicht in seinem Interesse liegt, Deutschland Leistungen auszuüben, die dieses dann doch nicht erfüllen kann, wodurch die amerikanischen Geldgeber natürlich stark geschädigt würden.

In Paris — das Bankhaus Morgans hat bekanntlich seit einigen Jahren mit der „Banque de France“ in ständiger, sehr enger Verbindung gestanden — sieht man die Zusammenlegung der amerikanischen Delegation ebenfalls als günstig an. Es befindet sich dort die Abität, Owen Young den Vorsitz der neuen Konferenz anzunehmen. Der offizielle „Exceller“ befindet sich in einem eingehenden Briefwechsel Morgans als ein günstiges Vorzeichen für eine „fluge und vorläufige Mobilisierung“ der deutschen Obligationen.

In London wird erzählt, die Ernennung Morgans sei in der Hauptstadt auf Verheeren Parker Gilberts erfolgt. Nach der Ernennung Morgans, so meint der Daily Telegraph, werde sich die französische Auffassung, Parker Gilbert habe mit seinem Bericht eine wichtige Stellung vorweggenommen, als jener Optimismus herausstellen, der immer die französischen Ansichten über die Reparationen zu sehr gefährdet habe.

## Morgans Rolle.

Sachverständiger und Gläubiger zugleich.

— Washington, 15. Januar.

Die seit einer Woche bereits mit größter Spannung erwartete Antändigung der Namen der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses für die Reparationen hat nun durch den „New York Herald“ eine zum Teil sensationelle Beantwortung gefunden. Dem Blatt zufolge hat sich die Reparationskommission außer, wie erwartet, an Owen Young an den bekannten amerikanischen Bankier Pierpont Morgan sowie an den Bostoner Rechtsanwalt Thomas Perkins gemandt, welche letztere als Stellvertreter der beiden anderen ernannt werden soll. Alle drei hätten auch die Einladung bereits angenommen.

Von amtlicher Seite, wo man noch immer Wert darauf legt, zu unterstreichen, daß die Vereinigten Staaten als solche an den kommenden Reparationskonferenz vollkommen unbeteiligt seien, ist zu dieser Nachricht keinerlei Äußerung zu erreichen.

Trotzdem kann an der Richtigkeit wohl kaum ein Zweifel bestehen.

Die Ernennung Morgans, die natürlich besonders sensationell wirkt, hat man zweifellos der Einwirkung des Sachverständigen Morgans, der im letzten Jahre über beträchtlichen Einfluß verfügt und früher Partner der Firma Morgan war. Wäre er heute nicht in amtlicher Stellung tätig, so wäre er sicher persönlich zur Teilnahme an dem Sachverständigenausschuß herangezogen worden.

Das Bankhaus Morgans hat gerade auf politischem Terrain seinen Gehalt seit Friedensjahre eine in der Öffentlichkeit nur zum Teil bekannte, aber trotz dem ungeheuer wichtige Rolle gespielt.

Es sei nur daran erinnert, daß viele der Gläubigerstaaten Deutschlands heute bei der Firma Morgans sehr schwer verwickelt sind und daß also dieses Bankhaus einerseits ein großes Interesse an der Frage hat, wie und in welchem Maße Deutschland sich seiner Verpflichtungen gegenüber diesen Staaten — es handelt sich u. a. um England, Frankreich (die berühmte Stabilisierungsanleihe Poincarés war bei Morgans aufgenommen), Italien und Belgien — entledigt und welche Sicherheiten evtl. für eine Kommerzialisierung deutscher Reparationsbonds gegeben werden können.

Die Schulden der genannten Staaten bei der Firma Morgans liegen heute noch an Kapitalwert mit rund 700 Millionen Dollar zu Buch.

Es wird natürlich in hohem Maße von dem Verlauf der Sachverständigenberatungen abhängen, in welcher Weise diese Schulden abgetragen werden können.

Selbstverständlich werden auch etwaige neue Verbindlichkeiten, die sich aus der Sachverständigenaussprache ergeben könnten, über die Firma Morgans laufen.

Man rechnet damit, daß nun heute, Dienstag, die endgültige Ernennung der amerikanischen Teilnehmer erfolgt. Es heißt außerdem, daß entgegen den bisherigen Erwartungen Owen Young doch noch den Vorsitz des Sachverständigenausschusses zu übernehmen in der Lage sein wird.

Alles dies wiederholt natürlich den Nachrichten, denen zufolge sowohl die Banken als auch die Regierung der U.S.A. sich kategorisch gegen eine Kommerzialisierung neuer deutscher Bonds ausgesprochen hätten.

Natürlich ist es unmöglich, durch eine gemaltene internationale Reparationsanleihe die deutsche Wiederherstellung auf einen Schlag zu heilen.

Es wird natürlich möglich sein, alle Reparationsverbindlichkeiten, schrittweise in Privatankleihen umzuwandeln. Vorläufig handelt es sich, wie die „New York Evening Post“ ausführt, lediglich um eine „Korrektur von Einzelheiten des „American Plan“. Groß gelegt, wird sich also alles um eine möglichst genaue und endgültige Festlegung der deutschen Zahlungsverpflichtung handeln.

## Deshalb also „endgültige“ Lösung?

Wie verhalten, beachtlich Parker Gilbert möglich ist, daß in seinem Posten zurückzutreten. Die Wahl eines Erzherrmannes für Morgans in den Sachverständigenausschuß fiel auf Samont, ein Mitglied des Bankhauses Pierpont Morgans.

Gilbert will hinterher in das Bankhaus Morgans eintreten. (Wlat)

## Rußland und die Wirtschaftsspionage.

Das deutsch-russische Wirtschaftsprotokoll vom 21. Dezember.

— Berlin, 15. Januar.

Amthlich wird mitgeteilt: „Das deutsch-russische Wirtschaftsprotokoll vom 21. Dezember 1928 mit seinen acht Anlagen wird nunmehr durch den Reichsminister des Aus-